



Satzung
der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Statutes
of the Deutsche Forschungsgemeinschaft

Vorwort

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ist ein gemeinnütziger, privatrechtlich organisierter eingetragener Verein. Schon die Gründung ihrer Vorgängerorganisation, der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ im Jahr 1920, erfolgte in dieser Rechtsform. Die hiermit zum Ausdruck kommende Staatsferne ist kein Selbstzweck, sondern spiegelt den Umstand wider, dass die DFG eine Einrichtung der selbstorganisierten Wissenschaft ist. Diese Selbstorganisation wiederum sichert eine formale und inhaltliche Unabhängigkeit und Freiheit, die nach über Jahrzehnte gewachsener und gefestigter Erfahrung und Überzeugung die bestmögliche Grundlage für eine ausschließlich an der Qualität der Erkenntnisprozesse ausgerichtete Forschungsförderung bildet.

Im Jahr 2014 hat die Mitgliederversammlung der DFG eine umfassende Novellierung ihrer Satzung beschlossen, die darauf zielt, die Satzung inhaltlich und systematisch klarer zu gestalten. Dies betrifft insbesondere die Beschreibung der Funktionen und Aufgaben der Organe der DFG. Hervorzuheben ist zudem, dass die neue Satzung erstmals in einem neu eingefügten § 12 die Grundzüge des Förderhandelns der DFG aufführt und dabei den Grundsatz der Trennung von Begutachtung, Bewertung und Entscheidung beschreibt.

Trotz umfangreicher sprachlicher Veränderungen gegenüber der bisherigen Fassung ändert auch die neue Satzung nichts an der Verfassung der DFG, die wie bisher auf dreifacher Legitimation beruht – auf der Legitimation durch die Mitglieder der DFG, die in der Mitgliederversammlung die Leitungsorgane der DFG wählen bzw. bestätigen, auf der Legitimation durch die von den wissenschaftlichen Communities gewählten Fachkollegien und auf der Legitimation durch die öffentlichen Zuwendungsgeber, die im Hauptausschuss der DFG an ihrem Wirken zum Wohle der Wissenschaft beteiligt sind.

Auf diese Weise dient die DFG nach § 1 ihrer Satzung »der Wissenschaft in allen ihren Zweigen durch die finanzielle Unterstützung von Forschungsaufgaben und durch die Förderung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit der Forscherinnen und Forscher«.



Professor Dr. Peter Strohschneider
(Präsident)



Dorothee Dzwonnek
(Generalsekretärin)

Satzung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

in der Fassung des Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 2. Juli 2014, eingetragen im Vereinsregister unter Nr. VR 2030 beim Amtsgericht Bonn am 11. November 2014 ¹

§ 1 Zweck des Vereins

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) dient der Wissenschaft in allen ihren Zweigen durch die finanzielle Unterstützung von Forschungsarbeiten und durch die Förderung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit der Forscherinnen und Forscher. Der Förderung und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses gilt ihre besondere Aufmerksamkeit. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft. Sie berät Parlamente und im öffentlichen Interesse tätige Einrichtungen in wissenschaftlichen Fragen und pflegt die Verbindungen der Forschung zu Gesellschaft und Wirtschaft.

§ 2 Name, Sitz, Geschäftsjahr, Gemeinnützigkeit

1. Der Verein führt den Namen „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ und hat seinen Sitz in Bonn. Er wird in das Vereinsregister eingetragen. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.
2. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
3. Die Mitglieder erhalten in dieser Eigenschaft keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

¹ Beschlossen von der Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft am 18. Mai 1951 in München und am 2. August 1951 in Köln, geändert durch Beschlüsse der Mitgliederversammlungen vom 22. Oktober 1954, 2. April 1955, 27. Oktober 1959, 10. Februar 1960, 17. Juli 1964, 1. Juli 1971, 27. Juni 1978, 15. Januar 1991, 6. Juli 1993, 3. Juli 2002, 2. Juli 2008, zuletzt geändert und neu gefasst am 2. Juli 2014 in Frankfurt/Main. Erstmals eingetragen in das Vereinsregister des Amtsgerichts Bonn am 27. März 1952 unter Nr. VR 777, umgeschrieben am 14. Oktober 1963 auf Nr. VR 2030.

4. Der Verein darf Mittel an andere Körperschaften im Sinne des § 51 Abs. 1 Satz 2 der Abgabenordnung sowie an juristische Personen des öffentlichen Rechts zur Förderung der Wissenschaft und Forschung weitergeben; die Mittelweitergabe an im Inland ansässige Körperschaften des privaten Rechts setzt voraus, dass diese ihrerseits wegen Gemeinnützigkeit steuerbegünstigt sind.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Als Mitglieder des Vereins können aufgenommen werden:
 - a) Hochschulen, die Einrichtungen der Forschung von allgemeiner Bedeutung sind,
 - b) andere Einrichtungen der Forschung von allgemeiner Bedeutung,
 - c) die in der Union der Akademien der Wissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland zusammengeschlossenen Akademien für ihre wissenschaftlichen Klassen,
 - d) wissenschaftliche Verbände von allgemeiner Bedeutung, die dem Zweck des Vereins dienlich sind.
2. Die Aufnahme der Mitglieder erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder. Die Aufnahmeanträge sind in der Mitgliederversammlung mit einem Entscheidungsvorschlag des Senats vorzulegen.
3. Beiträge sind von den Mitgliedern nicht zu entrichten.
4. Der Austritt aus dem Verein kann nur zum Schluss des Geschäftsjahres erklärt werden. Die Erklärung muss spätestens sechs Wochen vorher dem Präsidium zugehen.

§ 4 Organe der Deutschen Forschungsgemeinschaft

1. Organe der Deutschen Forschungsgemeinschaft sind:
 - a) die Mitgliederversammlung
 - b) der/die Präsident/-in
 - c) das Präsidium
 - d) der Vorstand
 - e) der/die Generalsekretär/-in
 - f) der Senat
 - g) der Hauptausschuss
 - h) die Fachkollegien

2. Die Beschlüsse der Organe werden, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, regelmäßig mit der einfachen, absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Näheres regelt eine vom Hauptausschuss zu beschließende Geschäftsordnung.
3. Die Tätigkeit in den Organen der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, ehrenamtlich.

§ 5 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung bestimmt die Grundsätze für die Arbeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Sie wählt nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen und einer von ihr zu beschließenden Verfahrensordnung den Präsidenten / die Präsidentin, das Präsidium und den Senat und bestätigt die Berufung des Generalsekretärs / der Generalsekretärin durch den Hauptausschuss. Die Mitgliederversammlung nimmt den Jahresbericht und die Jahresrechnung des Vorstands entgegen und entlastet den Vorstand. Die Jahresrechnung wird zuvor auf der Grundlage einer vom Vorstand in Auftrag gegebenen externen Wirtschaftsprüfung durch drei von ihr bestellte Revisorinnen/Revisoren geprüft.
2. Die Wahlen erfolgen für vier Jahre; eine Wiederwahl ist einmal möglich. Für den Präsidenten / die Präsidentin und die Mitglieder des Präsidiums ist eine zweite Wiederwahl mit Zweidrittel-Mehrheit möglich. Die Amtszeit der ausscheidenden Personen endet mit dem Amtsantritt der Gewählten.
3. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet jährlich einmal statt. Ort und Zeit bestimmt das Präsidium. Der/Die Präsident/-in beruft die Mitgliederversammlung ein. Die Einladung soll spätestens drei Wochen vor der Mitgliederversammlung den Mitgliedern mit der Tagesordnung zugehen. Eine Mitgliederversammlung ist außerdem einzuberufen, wenn es das Präsidium, der Hauptausschuss oder ein Drittel der Mitglieder verlangen.
4. Zu der Mitgliederversammlung sind die Mitglieder des Präsidiums und des Hauptausschusses einzuladen. Sie haben beratende Stimme.
5. Die Mitgliederversammlung wird von dem Präsidenten / der Präsidentin geleitet. Für jede Mitgliederversammlung ist ein/-e Schriftführer/-in zu wählen, der/die die Verhandlungsniederschrift führt. Die Niederschrift ist von dem/der Versammlungsleiter/-in und dem/der Schriftführer/-in zu unterzeichnen.

§ 6 Präsident/-in, Präsidium

1. Der/Die Präsident/-in repräsentiert die Deutsche Forschungsgemeinschaft nach innen und außen; im Falle der Verhinderung wird er/sie durch eine/-n von ihm/ihr zu bestimmende/-n Vizepräsidenten/Vizepräsidentin oder den/die Generalsekretär/-in vertreten. Ist dem Präsidenten / der Präsidentin die Bestimmung nicht möglich, entscheidet das Präsidium über die Vertretung. Der/Die Präsident/-in entwickelt gemeinsam mit dem Präsidium die strategisch-konzeptionelle Ausrichtung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.
2. Das Präsidium bereitet die Beschlüsse von Senat und Hauptausschuss, soweit es sich nicht um Förderentscheidungen handelt, vor.
3. Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten / der Präsidentin und den Vizepräsidenten / Vizepräsidentinnen, deren Zahl von der Mitgliederversammlung festgelegt wird. Außerdem gehört dem Präsidium der/die Präsident/-in des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft mit beratender Stimme an.
4. Die Mitglieder des Präsidiums nehmen an den Sitzungen des Senats und des Hauptausschusses mit beratender Stimme teil. Sie können mit beratender Stimme an den Sitzungen aller Gremien teilnehmen.
5. Der/Die Präsident/-in wird hauptamtlich bestellt. Sein Dienstverhältnis wird durch den Hauptausschuss geregelt. Den Mitgliedern des Präsidiums kann auf Beschluss des Hauptausschusses eine angemessene Tätigkeitsvergütung zugewilligt werden.

§ 7 Vorstand

1. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der/die Präsident/-in und der/die Generalsekretär/-in. Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte.
2. Der Vorstand kann für bestimmte Arten von Geschäften Besondere Vertreter im Sinne von § 30 BGB bestellen.

§ 8 Generalsekretär/-in, Geschäftsstelle

1. Der/Die hauptamtliche Generalsekretär/-in leitet die Geschäftsstelle der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Er/Sie wird auf Vorschlag des Präsidiums vom Hauptausschuss berufen und von der Mitgliederversammlung bestätigt. Sein/Ihr Dienstverhältnis wird vom Hauptausschuss geregelt. Er/Sie nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Präsidiums teil. Er/Sie kann auch an den Sitzungen aller anderen Gremien beratend teilnehmen.

2. Die Geschäftsstelle unterstützt die Arbeit der Organe der Deutschen Forschungsgemeinschaft und administriert die Förderverfahren im Rahmen der Geschäftsordnung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

§ 9 Senat

1. Der Senat ist das zentrale wissenschaftliche Gremium der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Er berät und beschließt im Rahmen der von der Mitgliederversammlung beschlossenen Grundsätze über alle Angelegenheiten der Deutschen Forschungsgemeinschaft von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht dem Hauptausschuss vorbehalten sind.
2. Der Senat beschließt, welche Fachkollegien zu bilden sind und wie sie sich gliedern. Hierbei ist dafür Sorge zu tragen, dass die gesamte Bandbreite der Wissenschaft durch die Fachkollegien erfasst und dass in den Fachkollegien den wissenschaftlichen Interessen der Fächer und fachübergreifenden Bezügen gebührend Rechnung getragen wird.
3. Der Senat besteht aus 39 Mitgliedern. Der/Die Präsident/-in der Hochschulrektorenkonferenz, der/die Präsident/-in der Union der Akademien der Wissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland und der/die Präsident/-in der Max-Planck-Gesellschaft gehören als solche dem Senat an. Die übrigen 36 Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung in einem rotierenden System gewählt. Wählbar sind an Hochschulen oder anderen Forschungseinrichtungen tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Mitgliederversammlung kann mit Blick auf bestimmte für die Deutsche Forschungsgemeinschaft relevante Expertisen auch andere Personen wählen. Die Wahl erfolgt bezogen auf die Person; die gewählten Mitglieder des Senats handeln nicht als Repräsentanten von Institutionen. Bei der Zusammensetzung der gewählten Mitglieder soll eine angemessene Vertretung des gesamten Spektrums wissenschaftlicher Disziplinen angestrebt werden.
4. Für die Wahlen stellt der Senat auf Vorschlag des Präsidiums und in Ansehung von Vorschlägen aus dem Kreis der Mitglieder der Deutschen Forschungsgemeinschaft Vorschlagslisten auf, die in der Regel für jeden freien Sitz drei Namen enthalten sollen. Näheres regelt eine Verfahrensordnung.
5. Scheidet ein Mitglied des Senats während der Amtszeit aus, so kann der Senat für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds aus den vorangegangenen Vorschlagslisten ein Ersatzmitglied kooptieren.

6. Die Sitzungen des Senats werden vom Präsidenten / von der Präsidentin einberufen und geleitet. Der/Die Präsident/-in muss den Senat einberufen, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder des Senats dies verlangt. Die Beschlüsse des Senats werden in der Regel in den Sitzungen gefasst. In Einzelfällen kann auf Beschluss des Präsidiums auch im Umlaufverfahren (schriftlich, fernschriftlich oder elektronisch) entschieden werden.
7. Der Senat kann im Rahmen seiner Zuständigkeit Ausschüsse und Kommissionen bilden, deren Mitglieder dem Senat nicht anzugehören brauchen.

§ 10 Hauptausschuss

1. Der Hauptausschuss ist zuständig für die finanzielle Förderung der Forschung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Er berät über die Entwicklung ihrer Förderpolitik, ihres Förderhandelns und ihrer Programmplanung auf der Grundlage von Beschlüssen des Senats.
2. Der Hauptausschuss beschließt den Wirtschaftsplan.
3. Der Hauptausschuss besteht aus den Mitgliedern des Senats, aus Vertretern / Vertreterinnen des Bundes, die insgesamt 16 Stimmen führen, aus 16 Vertretern / Vertreterinnen der Länder sowie aus zwei Vertretern / Vertreterinnen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.
4. Der Hauptausschuss fasst seine Beschlüsse in Sitzungen, die durch den Präsidenten / die Präsidentin einberufen und geleitet werden, oder im Umlaufverfahren (schriftlich, fernschriftlich oder elektronisch). Die Vertreter/-innen der öffentlichen Zuwendungsgeber können ihr Stimmrecht schriftlich, fernschriftlich oder elektronisch auf ein anderes Mitglied des Hauptausschusses übertragen. Die Bevollmächtigung ist für jede Sitzung des Hauptausschusses gesondert zu erteilen.
5. Der Hauptausschuss kann im Rahmen seiner Zuständigkeit Unterausschüsse bilden, deren Mitglieder dem Hauptausschuss nicht anzugehören brauchen. Soweit solchen Unterausschüssen Befugnisse des Hauptausschusses nach Abs. 1 Satz 1 übertragen werden, haben sie sich eine Geschäftsordnung zu geben, die mindestens die Zusammensetzung regelt und der Zustimmung des Hauptausschusses bedarf.

§ 11 Fachkollegien

1. Die Fachkollegien bewerten die Anträge auf finanzielle Förderung von Forschungsvorhaben. Sie kontrollieren dabei auch die Wahrung einheitlicher Maßstäbe bei der Begutachtung. Zu Fragen der Weiterentwicklung und Ausgestaltung der Förderprogramme der Deutschen Forschungsgemeinschaft wird ihr Rat gehört.

2. Die Mitglieder der Fachkollegien werden von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nach Maßgabe einer vom Senat zu erlassenden Wahlordnung auf vier Jahre gewählt. Wiederwahl ist einmal zulässig.
3. Die Fachkollegien geben sich eine Geschäftsordnung, die vom Senat zu genehmigen ist.

§ 12 Finanzielle Förderung von Forschungsvorhaben

1. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie wissenschaftliche Einrichtungen können im Rahmen der Förderverfahren Anträge auf finanzielle Förderung von Forschungsvorhaben und der sie unterstützenden Strukturen stellen.
2. Über Förderanträge wird, von Bagatellfällen abgesehen, auf der Grundlage von wissenschaftlicher Begutachtung und Bewertung entschieden.
3. Die Begutachtung von Forschungsvorhaben erfolgt schriftlich oder durch eine Begutachtungsgruppe. Im letzteren Fall kann die Begutachtungsgruppe auch die erforderliche Bewertung vornehmen, wenn mindestens ein Mitglied des einschlägigen Fachkollegiums mitwirkt.
4. Jede Entscheidung über einen Förderantrag erfolgt durch eine oder aufgrund einer Entscheidung des Hauptausschusses beziehungsweise seiner Unterausschüsse.
5. Die Begutachtungs-, Bewertungs- und Entscheidungsverfahren werden von der Geschäftsstelle administriert.

§ 13 Aufwandsentschädigung, Haftungsbeschränkung

1. Für die Organtätigkeit und den damit verbundenen Zeitaufwand werden vorbehaltlich einer gesonderten Satzungsbestimmung keine Vergütungen, auch keine pauschalen Sitzungsgelder, gezahlt. Die Organmitglieder haben jedoch Anspruch auf Ersatz der ihnen im Zusammenhang mit ihrer Organtätigkeit nachweislich entstandenen Aufwendungen nach Maßgabe eines Beschlusses des Hauptausschusses.
2. Die Haftung der Mitglieder von Organen gegenüber dem Verein und gegenüber den Mitgliedern beschränkt sich auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Sind Organmitglieder gegenüber Dritten zum Ersatz eines Schadens verpflichtet, den sie bei der Wahrnehmung ihrer Organpflichten verursacht haben, können sie von dem Verein die Befreiung von der Verbindlichkeit verlangen, sofern der Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde.

§ 14 Änderungen der Satzung und Auflösung des Vereins; gemeinnützige Vermögensbindung

1. Eine Änderung der Satzung und die Auflösung des Vereins bedürfen eines Beschlusses der Mitgliederversammlung mit Dreiviertel-Mehrheit. Die Auflösung des Vereins kann die Mitgliederversammlung nur beschließen, wenn wenigstens drei Viertel der Mitglieder vertreten sind. Ist die erforderliche Anzahl der Mitglieder nicht vertreten, so ist die Mitgliederversammlung erneut einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Mitglieder beschlussfähig ist.
2. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Über die Auswahl unter mehreren Institutionen beschließt die Mitgliederversammlung. Der Beschluss bedarf der Zustimmung der öffentlichen Zuwendungsgeber.
3. Ein Beschluss der Mitgliederversammlung, durch den § 14 Abs. 2 geändert oder aufgehoben wird, bedarf der Zustimmung der öffentlichen Zuwendungsgeber.


Foreword

The Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG, German Research Foundation) is a registered public-benefit association under private law. Even its predecessor organisation, the Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, was established in 1920 under the same legal form. The separation from the state expressed thereby is not an end in itself, but reflects the fact that the DFG is an institution of self-organised research. This self-organisation in turn ensures a formal and substantive independence and freedom that provides the best basis for research funding aimed exclusively at the quality of the knowledge-gaining processes, as decades of experience have proven.

In 2014 the General Assembly of the DFG adopted a comprehensive amendment to its Statutes in order to make them clearer. This concerned in particular the description of the functions and tasks of the DFG's bodies. It should also be mentioned that the new Statutes, in the newly inserted Article 12, for the first time enumerate the main features of the DFG's funding activities and describe the principle of the separation of review, evaluation and decision.

Despite extensive linguistic changes from the previous version, the new Statutes do not change the constitution of the DFG, based as before on triple legitimation: legitimation by the members of the DFG, who elect or confirm the governing bodies of the DFG in the General Assembly; legitimation by the review boards, which are elected by the research communities; and legitimation by the public funding bodies, which actively participate in the DFG Joint Committee for the benefit of academic research.

In this manner, the DFG serves, according to Article 1 of its Statutes, "all branches of science and the humanities by funding research projects and facilitating national and international collaboration among researchers."



Professor Dr. Peter Strohschneider
(President)



Dorothee Dzwonnek
(Secretary General)

Statutes of the Deutsche Forschungsgemeinschaft

as amended by resolution of the General Assembly on 2 July 2014, recorded in the Register of Associations of the Municipal Court of Bonn on 11 November 2014 under no. VR 2030²

[Translator's note: This is the English translation of an original German legal text. In the event of a discrepancy, the German text is binding.]

Article 1 Purpose of the Association

The Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG, German Research Foundation) serves all branches of science and the humanities by funding research projects and facilitating national and international collaboration among researchers. It devotes particular attention to the advancement and training of early career researchers. The DFG promotes equality between women and men in science and academia. It advises parliaments and public interest institutions on scientific matters and fosters relations between the research community and society and the private sector.

Article 2 Name, Seat, Fiscal Year, Public Benefit Status

1. The name of the Association shall be "Deutsche Forschungsgemeinschaft". Its seat shall be in Bonn. It shall be recorded in the Register of Associations. The fiscal year shall begin on 1 January and end on 31 December.
2. The DFG shall exclusively and directly pursue public-benefit purposes as defined in the tax-privileged purposes section of the German Fiscal Code (Abgabenordnung). The Association shall be nonprofit; it shall not primarily pursue its own economic interests. Funds of the Association may only be used for purposes set forth in the Statutes.
3. Members as such shall not receive allocations from the funds of the Association. No person may gain personal benefit either through payments which do not conform to the objectives of the Association or through disproportionately high remuneration.
4. The Association may transfer funds to other corporations as per Section 51, paragraph 1, sentence 2 of the German Fiscal Code and to legal persons under public law in order to promote science and research; the transfer of funds to domestically based corporations under private law requires that these are tax-privileged for public-benefit purposes.

² Adopted by the General Assembly of the *Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft*, the legal predecessor of the current organisation, on 18 May 1951 in Munich and on 2 August 1951 in Cologne; amended by resolutions of the General Assembly on 22 October 1954, 2 April 1955, 27 October 1959, 10 February 1960, 17 July 1964, 1 July 1971, 27 June 1978, 15 January 1991, 6 July 1993, 3 July 2002, 2 July 2008; last amended and resolved on 2 July 2014 in Frankfurt am Main. First recorded in the Register of Associations of the Municipal Court of Bonn on 27 March 1952 under no. VR 777, transferred on 14 October 1963 to no. VR 2030.

Article 3 Membership

1. The following may be admitted as members of the Association:
 - a) institutions of higher education that are research institutions of general importance,
 - b) other research organisations of general importance,
 - c) the academies joined in the Union of the German Academies of Sciences and Humanities for their respective scientific and academic disciplines
 - d) scientific associations of general importance that serve the purpose of the Association.
2. Membership shall be determined by resolution of the General Assembly by a majority vote of its members. Applications for membership shall be submitted to the General Assembly with a recommendation from the Senate.
3. There shall be no membership dues.
4. Withdrawal from the Association shall only be possible at the end of the fiscal year. The intent to withdraw must be submitted to the Executive Committee no later than six weeks prior to this time.

Article 4 Bodies of the Deutsche Forschungsgemeinschaft

1. The bodies of the DFG are:
 - a) the General Assembly (Mitgliederversammlung)
 - b) the President (Präsident/in)
 - c) the Executive Committee (Präsidium)
 - d) the Executive Board (Vorstand)
 - e) the Secretary General (Generalsekretär/in)
 - f) the Senate (Senat)
 - g) the Joint Committee (Hauptausschuss)
 - h) the Review Boards (Fachkollegien)
2. Resolutions of the bodies shall be adopted regularly by a simple absolute majority of the votes cast, unless the Statutes provide otherwise. Details shall be governed by rules of procedure to be adopted by the Joint Committee.
3. Activity in the bodies of the DFG shall be on an honorary basis, unless the Statutes provide otherwise.

§ Article 5 General Assembly

4. The General Assembly shall determine the principles of the work of the DFG. It shall elect, in accordance with the following provisions and with rules of procedure to be adopted by it, the President, the Executive Committee and the Senate, and it shall confirm the appointment of the Secretary General by the Joint Committee. The General Assembly shall receive the annual report and the annual accounts from the Executive Board and approve the actions of the Executive Board. On the basis of an external audit commissioned by the Executive Board, the annual accounts shall be reviewed by three auditors to be appointed by the General Assembly.
5. Elections shall be for four years; re-election shall be possible once. For the President and the members of the Executive Committee, a second re-election by a two-thirds majority shall be possible. The term of office of those leaving shall end when the elected persons take office.
6. The ordinary meeting of the General Assembly shall be held once annually. The place and time shall be determined by the Executive Committee. The President shall convene the General Assembly. The invitation together with the agenda shall be submitted to the members no later than three weeks prior to the annual meeting. The General Assembly shall also be convened if requested by the Executive Committee, the Joint Committee or one-third of the members.
7. Members of the Executive Committee and of the Joint Committee shall be invited to the meeting of the General Assembly. They shall attend in an advisory capacity.
8. The President shall chair the meeting of the General Assembly. For each meeting, a secretary shall be elected to keep the minutes of the meeting. The minutes shall be signed by the chairperson of the meeting and the secretary.

Article 6 President, Executive Committee

1. The President shall represent the DFG internally and externally; in case of hindrance, he or she shall be represented by a Vice President of his or her choice or by the Secretary General. If the President is unable to appoint someone, the Executive Committee shall choose the representative. The President shall develop jointly with the Executive Committee the strategic and conceptual direction of the DFG.
2. The Executive Committee shall prepare the resolutions of the Senate and the Joint Committee to the extent that they are not funding decisions.
3. The Executive Committee shall consist of the President and the Vice Presidents, whose number shall be determined by the General Assembly. In addition, the president of the Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft shall be a member of the Executive Committee in an advisory capacity.
4. Members of the Executive Committee shall attend the meetings of the Senate and the Joint Committee in an advisory capacity. They may attend the meetings of all bodies in an advisory capacity.
5. The President shall be appointed on a full-time basis. The terms of his or her employment shall be determined by the Joint Committee. Members of the Executive Committee may be granted appropriate remuneration for their work by resolution of the Joint Committee.

Article 7 Executive Board

1. The Executive Board as defined by Article 26 of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch) shall consist of the President and the Secretary General. The Executive Board shall conduct regular business.
2. The Executive Board may appoint, for certain types of business, special representatives as per Article 30 of the German Civil Code.

Article 8 Secretary General, Head Office

1. The Secretary General shall manage the Head Office of the DFG. He or she shall be appointed on a full-time basis by the Joint Committee upon recommendation by the Executive Committee and confirmed by the General Assembly. The terms of his or her employment shall be determined by the Joint Committee. He or she shall attend the meetings of the Executive Committee in an advisory capacity. He or she may also attend the meetings of all other bodies in an advisory capacity.

2. The Head Office shall support the work of the bodies of the DFG and administer the funding programmes under the rules of procedure of the DFG.

Article 9 Senate

1. The Senate is the central scientific body of the DFG. It shall deliberate and resolve, within the principles adopted by the General Assembly, all major matters of the DFG, unless they are reserved for the Joint Committee.
2. The Senate shall determine which review boards shall be formed and how they shall be structured. It shall ensure that the full range of fields in science and the humanities is covered by the review boards and that the review boards take their disciplinary research interests and interdisciplinary relationships duly into account.
3. The Senate shall consist of 39 members. The president of the German Rectors' Conference, the president of the Union of the German Academies of Sciences and Humanities and the president of the Max Planck Society shall be ex officio members of the Senate. The remaining 36 members shall be elected by the General Assembly in a staggered rotation system. Researchers who work at institutions of higher education or other research institutions are eligible for election. The General Assembly may also elect other persons, in consideration of certain expertise relevant to the DFG. Voting shall be based on the person; elected members of the Senate shall not act as representatives of institutions. Adequate representation of the entire spectrum of research disciplines shall be sought in the composition of the elected membership.
4. For the elections, the Senate, upon recommendation by the Executive Committee and in consideration of proposals from the members of the DFG, shall prepare slates of nominations, which as a rule shall comprise three names for each vacant seat. Details shall be governed by rules of procedure.
5. If a member of the Senate leaves during his or her term of office, the Senate may co-opt a replacement member from the previous slates of nominations to complete the departing member's term of office.
6. Meetings of the Senate shall be convened and chaired by the President. The President shall convene the Senate at the request of at least one-third of its members. As a rule, the resolutions of the Senate shall be passed in the meetings. In individual cases, resolutions may also be passed by circulation (in writing, by fax or electronically) upon decision by the Executive Committee.
7. Within its mandate, the Senate may establish committees and commissions whose members need not be members of the Senate.

Article 10 Joint Committee

1. The Joint Committee shall be responsible for the funding of research by the DFG. It shall deliberate on the development of DFG funding policies, funding activities and programme planning on the basis of resolutions by the Senate.
2. The Joint Committee shall adopt the budget.
3. The Joint Committee shall consist of the members of the Senate, representatives of the federal government, with a total of 16 votes, 16 representatives of the state governments, and two representatives of the Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.
4. The Joint Committee shall pass its resolutions in meetings that are convened and chaired by the President, or by circulation (in writing, by fax or electronically). The representatives of the public funding bodies may transfer their voting rights in writing, by fax or electronically to another member of the Joint Committee. Such proxy shall be granted separately for each meeting of the Joint Committee.
5. Within the scope of its authority, the Joint Committee may establish subcommittees whose members need not be members of the Joint Committee. To the extent that such subcommittees are delegated powers of the Joint Committee under paragraph 1, sentence 1, they shall adopt rules of procedure which shall at least govern their composition and require the approval of the Joint Committee.

Article 11 Review Boards

1. The review boards shall evaluate research funding proposals. In doing so, they shall also monitor the maintenance of uniform standards in the review process. On issues concerning the further development and refinement of the funding programmes of the DFG, their advice shall be heard.
2. Members of the review boards shall be elected by researchers for four years in accordance with election regulations to be adopted by the Senate. Re-election is possible once.
3. The review boards shall adopt rules of procedure, which shall be approved by the Senate.

Article 12 Funding of Research Projects

1. Researchers and research institutions may, under the funding programmes, submit proposals to fund research projects and their supporting structures.
2. Grant proposals, apart from minor cases, shall be decided on the basis of scientific review and evaluation.
3. The review of research projects shall be conducted in writing or by a review panel. In the latter case, the review panel may also make the necessary evaluation if at least one member of the relevant review board participates.
4. Any decision on a grant proposal shall be by, or based on, a decision by the Joint Committee or its subcommittees.
5. The review, evaluation and decision processes shall be administered by the DFG Head Office.

Article 13 Expense Reimbursement, Limitation of Liability

1. For activity in the statutory and other bodies and the associated expenditure of time, no remuneration shall be paid, including flat allowances for attendance, unless the Statutes provide otherwise. However, members of such bodies shall be entitled to reimbursement of expenses demonstrably incurred in connection with activity in these bodies in accordance with a resolution of the Joint Committee.
2. Liability of members of statutory and other bodies to the Association and to the members shall be limited to intent and gross negligence. If members of such bodies are liable to compensate third parties for any damage they have caused in the performance of their duties within these bodies, they may request from the Association to be exempted from liability, provided that the damage was not caused intentionally or by gross negligence.

Article 14 Statutory Amendments, Dissolution of the Association, Dedication of Assets to Public Benefit

1. Amendments to the Statutes and dissolution of the Association require a three-fourths majority vote by the General Assembly. The General Assembly may only resolve to dissolve the Association if at least three-quarters of the members are represented. If the required number of members is not represented, another meeting of the General Assembly shall be convened, which shall be quorate regardless of the number of members represented.

2. In the event of dissolution of the Association or should the Association pursue objectives which are other than nonprofit, the Association's assets shall be transferred to an institution of public law or to another tax-privileged organisation to use for the promotion of science and research. If several institutions are named, the General Assembly will vote. This decision shall require approval by the public funding bodies.
3. A decision by the General Assembly to amend or delete Article 14, paragraph 2 shall require approval by the public funding bodies.



Deutsche Forschungsgemeinschaft

Kennedyallee 40 · 53175 Bonn

Postanschrift: 53170 Bonn

Telefon: +49 228 885-1

Telefax: +49 228 885-2777

postmaster@dfg.de

www.dfg.de